




Unterstützung der industriegetragenen Initiative zum Aufbau eines integrierten Entwicklungsprozesses für ein deutsches Fusionskraftwerk

Sehr geehrte Frau 

die unterzeichnenden Unternehmen unterstützen die Ambition der Bundesregierung, Deutschland zum Standort des weltweit ersten Fusionskraftwerks zu entwickeln. Die im Rahmen der Hightech Agenda Deutschland sowie des Aktionsplans Fusion eingeleiteten Maßnahmen setzen hierfür aus unserer Sicht ein entscheidendes Signal.

Insbesondere die geplante Aufstellung und Förderung der nationalen Fusions-Hubs stellt einen zentralen Schritt dar, um die technologischen, wissenschaftlichen und industriellen Kompetenzen Deutschlands zügig in einem strukturierten Innovationsökosystem zusammenzuführen. Die Industrie bewertet diesen Ansatz ausdrücklich positiv. Wir sind überzeugt, dass er auch auf dem Weg zum kommerziellen Kraftwerk bereits Wertschöpfung generieren wird.

Gleichzeitig zeigt die internationale Entwicklung und der globale Wettbewerb, dass der erfolgreiche Übergang von wissenschaftlicher Forschung hin zum tatsächlichen Bau eines Fusionskraftwerks einen klar auf dieses Ziel ausgerichteten Gesamtprozess erfordert. Er ist eine industrie- und systemgetriebene Aufgabe mit hohen Anforderungen an Systemintegration, Infrastrukturentwicklung, regulatorische Vorbereitung, Lieferketten und Finanzierung. Wir stehen bereit, diesen Weg weiterhin mitzuprägen und zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund möchten die unterzeichnenden Unternehmen mit dem beigefügten Letter of Intent einen Vorschlag für einen industriell geführten Entwicklungsprozess unterbreiten. Dieser versteht sich als zielgerichtete Ergänzung zu den geplanten Hubs.

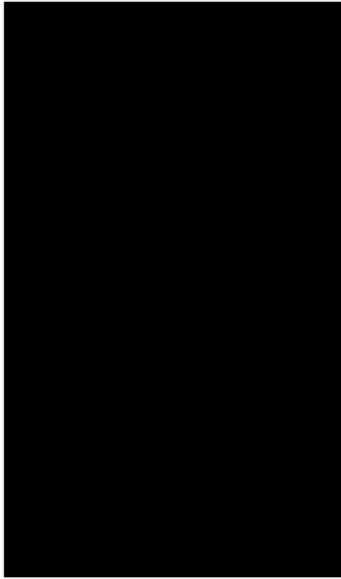
Kern des vorgeschlagenen Ansatzes ist die enge Verzahnung von industriellen Entwicklungsprozessen mit den technologieorientierten Arbeiten innerhalb der Hubs. Ziel ist es, die technologischen Fortschritte der Fusions-Hubs frühzeitig mit den praktischen Anforderungen eines späteren Kraftwerks zu verbinden und somit schrittweise die belastbare Grundlage für Planung, Bau und Betrieb eines kommerziellen Kraftwerks zu schaffen. Damit soll sichergestellt werden, dass Deutschland seine wissenschaftliche Stärke im Bereich der Fusion konsequent in industrielle Umsetzungscompetenz überführen kann.

Die unterzeichnenden Unternehmen möchten mit dieser Initiative einen konstruktiven Beitrag dazu leisten, die deutschen Fusionsaktivitäten als belastbares Gesamtkonzept der zukünftigen Energieerzeugung weiterzuentwickeln. Die internationale Dynamik und der zunehmende

globale Wettbewerb um industrielle Führungspositionen im Bereich der Fusion ist hoch. Daher halten wir es für entscheidend, frühzeitig einen gemeinsamen strategischen Entwicklungsrahmen zwischen Bundesregierung und Industrie, der auch wettbewerbsoffen die Versorgung mit strategisch relevanten Rohstoffen frühzeitig mitdenkt, zu etablieren, um Deutschland dauerhaft als führenden Standort der Fusionsindustrie zu positionieren.

Für einen vertiefenden Austausch stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

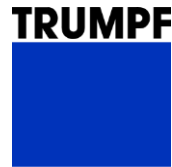


Anlagen:

– Letter of Intent der Industrieallianz Fusion

Verteiler:





Letter of Intent

Prozess zum Bau von Fusions-Demonstrationskraftwerken in Deutschland

Zwischen

RWE Nuclear GmbH, Essen; Siemens Energy Global GmbH & Co. KG, München;
TRUMPF SE + Co. KG, Ditzingen; Framatome GmbH, Erlangen

– nachfolgend gemeinsam „die Unterzeichner“ –

Präambel

In Anbetracht der aktuellen geopolitischen und energiepolitischen Lage in Europa sowie des strategischen Ziels Deutschlands, eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung von Fusionskraftwerken einzunehmen, haben sich die Unterzeichner entschlossen, gemeinsam die Überführung des technologischen Potenzials der Fusionsenergie in skalierbare, industrielle Lösungen voranzutreiben. Die Unterzeichner beabsichtigen, auf Grundlage des vorliegenden Vorschlags einen strukturierten Prozess zu initiieren, der die Förderkulisse der Fusions-Hubs gezielt unterstützt, von Beginn an auf industrielle Umsetzbarkeit ausgerichtet ist und eine belastbare Entscheidungsgrundlage für Demonstrationskraftwerke in Laser- und Magnetfusion schafft.

1. Gegenstand der Absichtserklärung

Die Unterzeichner bekunden hiermit ihre gemeinsame Absicht, einen staatlich beauftragten und industriegeführten Angebotsprozess für den Bau von Fusions-Demonstrationskraftwerken in Deutschland zu entwickeln. Der Prozess soll sich an etablierten industriellen Vorgehensweisen orientieren und gezielt auf den Fusionskontext zugeschnitten werden; er sieht entlang von meilensteinbasierten Kriterien und im Kraftwerksgeschäft üblichen Stage-Gate-Modellen die Besicherung der späteren Angebotsfähigkeit zum Bau der Demo-Kraftwerke vor.

Die gemeinsame Absicht gliedert sich wie folgt: In einer ersten, vorbereitenden Phase werden im Rahmen der drei initiierten Fusions-Hubs die Voraussetzungen für eine spätere Ausschreibung erarbeitet – darunter ein integriertes Demonstratordesign je Technologie, die Auswahl und Verfügbarmachung geeigneter Standorte sowie die Klärung einer tragfähigen Finanzierungsstruktur. Die Erarbeitung dieser Voraussetzungen erfolgt bewusst parallel und technische, industrielle, infrastrukturelle und finanzielle Aspekte integrieren.

Diese Vorbereitungsphase soll sodann in ein staatliches Request for Proposal (RfP) münden. Auf dieser Grundlage wird in einer zweiten Phase ein industriegeführter Angebotsprozess gestartet.

2. Rahmenbedingungen und Voraussetzungen

Das mögliche Engagement der Unterzeichner ist an klar definierte Rahmenbedingungen geknüpft. Zunächst ist ein eindeutiges Signal seitens der Bundesregierung erforderlich, dass der vorgeschlagene Ansatz ausdrücklich unterstützt wird; dies schließt die Zustimmung der Entscheidungsgremien der beteiligten staatlichen Stellen ein.

Eine klare staatliche Mandatierung sowie eine gesicherte Finanzierung der Vorbereitungsphase und des anschließenden Angebotsprozesses sind Grundvoraussetzungen. Für die Ausarbeitung ist eine wesentliche öffentliche Förderquote erforderlich.

Das Engagement erfolgt unter der Voraussetzung, dass die zu entwickelnden Fusions-Demonstrationskraftwerke klar auf kommerzielle Fusionskraftwerke als Folgeanlagen ausgerichtet sind – insbesondere unter Einhaltung der Prinzipien Design-to-Scale, Standardisierung und Wiederholbarkeit.

3. Rollenverteilung

Der Staat übernimmt eine aktive Rolle: Er beteiligt sich an dem Prozess, definiert die Zielerfordernisse mit und schafft die notwendige Planungssicherheit durch die Übernahme von Risiken, die wirtschaftenden Unternehmen nicht allein zumutbar sind. Die Industrie übernimmt im Gegenzug die Verantwortung für Systemintegration, Industrialisierung und die Entwicklung eines realisierbaren Gesamtprojekts.

Die Industrie organisiert sich in Projektpartnerschaften entlang der gesamten Wertschöpfungskette und bringt ihre Kompetenzen in Systemintegration, Anlagenbau, Fertigung, Betrieb und Qualitätssicherung ein. Sie schafft so die Grundlage für ein ausschreibungsfähiges Demonstratorprojekt, indem sie Kraftwerksdesign, Standortperspektiven und regulatorische Fragen zusammenführt.

4. Strategische Bedeutung

Der Angebotsprozess selbst wird zum zentralen Instrument der Industrialisierung: Er identifiziert frühzeitig kritische Komponenten, stößt deren Entwicklung an, strukturiert Lieferketten und etabliert Qualitäts- und Integrationsstandards. Ein staatlich initiiertes und industriegeführtes Angebotsprozess schafft die Grundlage für eine fundierte

politische Entscheidung, ermöglicht die Realisierung eines Demonstrationskraftwerks und bereitet den Übergang in eine kommerzielle Fusionswirtschaft vor.

5. Rechtliche Unverbindlichkeit

Dieser Letter of Intent begründet keinerlei rechtlich bindende Verpflichtungen für die Unterzeichner. Er dient ausschließlich der Dokumentation der gemeinsamen Absichten und des Willens zur weiteren Zusammenarbeit. Alle weitergehenden Rechte und Pflichten, insbesondere hinsichtlich Finanzierung, Ressourceneinsatz, Projektdurchführung und Zusammenarbeit, bedürfen einer gesonderten schriftlichen Vereinbarung, die von allen Parteien rechtswirksam unterzeichnet werden muss. Solange eine solche Vereinbarung nicht geschlossen ist, können aus diesem Letter of Intent keine Ansprüche abgeleitet werden.

Dieser Letter of Intent ersetzt keine Zustimmung der jeweiligen Unternehmens- und Regierungsgremien und steht unter dem Vorbehalt entsprechender interner Genehmigungen.

6. Kartellrechtlicher Safe-Harbor-Vermerk

Dieser Vermerk dient der kartellrechtssicheren Gestaltung aller Gespräche, Workshops und Abstimmungen im Zusammenhang mit dem Letter of Intent zur Vorbereitung eines möglichen staatlich mandatierten, industriegeführten Angebotsprozesses. Alle Beteiligten sind verpflichtet, diese Leitlinien einzuhalten.

Grundsätze (Safe-Harbor)

- Die Gespräche dienen ausschließlich der konzeptionellen und strategischen Beschreibung eines möglichen Prozessrahmens, nicht der Koordinierung konkreten Marktverhaltens.
 - Es erfolgt keine Vorwegnahme eines späteren Wettbewerbs oder Angebots.
 - Jede Partei handelt unabhängig, behält ihre eigene kommerzielle Entscheidungsfreiheit und bleibt potenziell auch Wettbewerber.
-

7. Unterschriften

